

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Befreiungsgeld. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft mbH., Halle, Lindenstraße 14, Tel.: 210 45 (Halle); 210 47 (Merseburg).

Die des Reichstages Arbeiterversammlung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 10 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 RM. im Zeitl. Beauftragter: Kreisrat des Sozialistischen Halle; Kommissar und Druck-Haus Halle. Postfachkonto: Leipzig 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft mbH., Halle, Lindenstraße 14.

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Montag, den 14. November 1932

12. Jahrgang, Nr. 264

Streikbruchagenten am Pranger!

SPD und Nazis Arm in Arm mit der Hugenberg-Direktion der Berliner Verkehrs-AG — Eine bemerkenswerte Aufsichtsratsführung und aufsehenerregende Enthüllungen darüber, wie das Braune Haus den Streikbruch kommandierte

Die Sozialdemokraten ...

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. November.

Was noch Zweifel hegte über die Rolle der sozialdemokratischen Bürokratie als erbärmliche Streikbrecher und gedungene Mittel der NSD-Direction, wer das treuehohle Doppelspiel, das die NSD-Führer mit den streikenden VWG-Arbeitern getrieben haben, noch nicht reiflos durchschaute, der mag folgendes lesen und sein Urteil fällen. Gemeinsam mit den jatten NSD-Directionen stimmten in der Aufsichtsratsführung die sozialdemokratischen Aufsichtsratsvertreter alle kommunistischen Anträge nieder, in denen im Namen des ganzen wertvollen Berlins die sofortige Wiederherstellung des Lohnabkommens und die Bezahlung der Streikzulagen gefordert wurde. Dieselben Nazis, die sich im „Ringkampf“ nicht genug tun können an heuchlerischem Kriegsgeschrei gegen die NSD-Directionen, sprach den Bürgermeister Dr. Eljas, der für die ungeheuerlichen Maßnahmen gegen die VWG-Arbeiter die Hauptverantwortung trägt, durch die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages ihr volles Vertrauen aus.

Die Nationalsozialisten ...

Der „Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, veröffentlicht eine aufsehenerregende Mitteilung des politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes. Danach hat die Parteileitung der NSDAP von der Berliner NSD-Direction kategorisch gefordert, schon am Sonnabend, dem 5. November, im Berliner Verkehrsstreik offen zum Streikbruch aufzurufen. Der NSD-Beiter Engel wagte aber unter dem Druck der Naziarbeiter nicht, diesen Befehl vollständig auszuführen. Er hat zwar im geheimen den Streikbruch organisiert, er hat sich von der NSD-Direction vollständig zurückgezogen, wagte aber keine offene Aufforderung zum Streikbruch. Deshalb hat jetzt die Parteileitung der NSDAP in München ein Ausschlußverfahren gegen den Berliner NSD-Beiter Engel eingeleitet.

Allen bisherigen Naziarbeitern müßten diese unge-

heuerlichen Tatsachen zur Kenntnis gebracht werden! Die NSD-Führer, an der Spitze Hitler, haben die Berliner NSD-Führer beauftragt, den Streikbruch zu organisieren.

In der Aufsichtsratsführung hätten die kommunistischen Anträge auf Zurücknahme der Lohnzulagen, Bezahlung der Streikzulagen und Zurücknahme der Maßregelungen reiflos angenommen werden können, da eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten vorhanden ist. Die Sozialdemokraten traten auf das entscheidende für die Ablehnung der kommunistischen Forderungen ein. Betrachtet man die Enthüllungen des „Deutschen“ über die Hinterrolle der Nazis in diesem Zusammenhang, so ergibt sich, daß von den Nazis bis zur SPD eine geschlossene Einheitsfront in dieser bisher größten Streikbewegung dieses Jahres vorhanden ist.

Das rote Berlin muß bemerken, daß seine Einheitsfront die Härtere ist. Die Gewerkschaften in den Betrieben werden es sich zur proletarischen Ehrenpflicht machen, nicht nur Solidarität zu üben, und die gemäßigten Kämpfer und ihre Familien vor dem Hunger zu bewahren, sondern auch ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Wiedereröffnung der gemäßigten VWG-Kollegen zu erzwingen.

Aus dem heutigen Inhalt

Neue Wahlsiege in Sachsen, Lübeck und Saargebiet! (Siehe Seite 2)

Heute Sonderbeilage:

Kampfsignale vom Städtstoffwert Meisteritz

Wichtige Materialien veröffentlicht der heutige „Klassenkampf“ über den wachsenden Widerstand der Chemiewerker gegen die erneute Hungeroffensive der IG-Könige. Verstärkt die Organisierung der Einheitsfrontaktion!

Vertreibt in Massen den „Klassenkampf“!

Soldaten singen die „Internationale“

Große Verbrüderungsszenen zwischen Arbeitern und Soldaten in Genf — Der Generalfreik befristet durchgeführt — „Pravda“ stellt fest: Sturm gegen Kriegsbeher

(Eig. Drahtm.) Zürich, 14. November.

Als am Sonnabend der Platzkommandant Lederrey vor den Genfer Truppen eine Ansprache hielt, rief ihm ein Soldat zu: „Mörder!“ Der Soldat wurde verhaftet. Ferner verbrüdereten sich später Soldaten, die in den Ausstellungen lagern, mit den Arbeitern. In einigen Quartieren sangen die Soldaten die „Internationale“. 22 Soldaten wurden bisher verhaftet. Schließlich wurden die Genfer Truppenteile aus der Stadt zurückgezogen und dafür große Verstärkungen von ländlichen Truppenteilen nach Genf verlegt. Die Genfer Behörden nahmen Massenverhaftungen von Kommunisten vor. Bei der Beerdigung der Totenopfer am Sonnabend gingen die Offiziere in unerhörter Weise gegen die Trauerzüge vor, u. a. wurden Wasserspritzen in Tätigkeit gesetzt.

Die Teilnahme der Genfer Bevölkerung an der Beisetzung der von Militär Ermordeten war ungeheuer groß, zehntausende Menschen standen auf den Straßen Spalier, als der Trauerzug vorbeizog. Die kantonale Regierung hatte Maschinengewehre in den Straßen aufgestellt, um größere Aufmärsche bei der Beerdigung zu verhindern.

Die „Pravda“ über das Blutbad in Genf

(Sonderpost) Moskau, 12. November.

Der Leitartikel der „Pravda“: „Eine Provokation der Kriegsbeher“ stellt fest:

„Mit Galben gegen Proletarier, die gegen Krieg und Intervention demonstrieren, hat die Schweizer Bourgeoisie für die Abbrünnungs-Konferenz und Generalstabsabende, die einen neuen imperialistischen Krieg vorbereiten, Salutschüsse abgegeben. Hingegen haben die Imperialisten, die gemeinsam mit ihnen einen kriegerischen Ausweg aus der Krise erfinden, verboten die Schweizer Bourgeoisie die Einberufung des Internationalen Antimilitaristenkongresses nach Genf. Die Schweizer in Genf waren ein direktes Ergebnis ihrer imperialistischen Kampagne. Sie stellen eine im Voraus vorbereitete genau berechnete Provokation dar.“

Das Blatt stellt ferner fest:

„Die Genfer Demonstration ist ein Ausdruck des wachsenden revolutionären Aufstiegs, der auch die kapitalistische Schweiz, ergreifen hat. Die Schweiz, die bisher von den Imperialisten, eines Marktplatzes für Waffenbeschlüsse. Die Ereignisse vom 9. November haben ein zweites Unheil, das proletarische Unheil von Genf, aufgeführt. Auf den Altar des „Waffenbundes“ wurden zur Erhöhung der zünftigen Zusammenarbeit der Imperialisten unter II. Internationalen von Bourgeoisie zahlreich Leichen erdrossener Arbeiter gebracht. Die Schweizer Geheimpolitiken nutzen die von ihnen selbst geführte Revolution zur Verfolgung der kommunistischen Partei aus. Doch die Massenbewegung, ihre führende Ausprägung gegen die Kriegsbeher ist nicht anzuhalten.“

Der Genfer Soldat überlegt sich etwas!



Dieser Soldat der Genfer Infanterie betrachtet seinen eingeschlagenen Stahlhelm! Ob er an seine Kameraden denkt, die mit den Arbeitern gemeinsam die „Internationale“ sangen?

Die „nationale Konzentration“

gegen die Arbeiterklasse

Die Antwort der deutschen Bourgeoisie auf den großen Wahlsieg der Kommunisten war der Ruf nach der „nationalen Konzentration“, nach der Vereinigung aller faschistischen Kräfte zum Kampfe gegen die deutsche Arbeiterklasse und ihre Führerin, die kommunistische Partei. Das Kabinett Papen-Scheißer hat sich sofort zum Führer der „nationalen Konzentration“ gemacht; es hat erklärt, daß es seine Arme für jeden geöffnet halte, der zur Zusammenarbeit bereit sei. Das war eine offene Einladung an Hitler und die NSDAP, aber auch an das Zentrum, ohne dessen Hilfe eine „nationale Konzentration“ im neuen Reichstag nicht über eine Mehrheit verfügen würde.

Es liegt auf der Hand, weshalb die deutsche Kapitalistenklasse eine solche „nationale Konzentration“ braucht: wegen der Zuspitzung der innerpolitischen Lage, die in der großen Streikwelle der vergangenen Wochen und ganz besonders in dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik zum Ausdruck kam, die sich in der wachsenden Attivierung der Arbeitslosenmassen zeigt, die angesichts des bevorstehenden Hungerwinteres äußerst bedrohlich werden kann. Die „nationale Konzentration“ für die faschistische Block sein, auf den sich das „Reichskabinett“ bei seiner arbeitereindlichen Politik stützen kann, ein Staudamm zur Rettung des bankrotten Kapitalismus vor der immer höher steigenden Flut der roten Einheitsfront.

Der Reichskongress von Papen selbst hat den Parteien, die er zur „nationalen Konzentration“ einlud, erklärt, daß Personenfragen dabei keine Rolle spielen sollen. Damit hat er den Parteien, die ihn bis zum 6. November scharf beschied haben: dem Zentrum und vor allem der Hitler-Partei, den Dreh gezeigt, mit dem sie ihre Anhängererschaft für die „große nationale Koalition“ vorbereiten können; sie können sich jetzt „stark“ machen, indem sie die Beilegung des Reichstanzlers als Vorbedingung verlangen, um mit der Erfüllung dieser Bedingung ihren Anhängern den Eintritt in die Koalition mündrecht zu machen.

Das Zentrum hat sofort diesen Weg beschritten, den ihm die Papen-Regierung selbst gemahnt hatte: unter scharfen Kampferklärungen gegen Papen (die für die katholischen Arbeiter forschiert sind) erklärte die Zentrumsführung die Bereitschaft zu einer solchen „nationalen Konzentration“, die von Brüning über Dingeldey und Hugenberg bis zu Hitler reichen soll. Das Zentrum hat nur eine Bedingung gemacht: Ausschüttung Papens, den man als Sünderband schlichtet muß, um die wertvollen Massen darüber zu betrogen, daß in Wirklichkeit die Papen-Politik weitergeführt werden soll.

Von besonderer Bedeutung ist die Haltung der Nationalsozialisten. Sie waren es ja, auf deren breitem Rücken die „Präsidentenregierung“ Papen-Schleicher in die Amtlichkeit geteilt ist. Sie haben zwar nach dem 13. August (nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen Papen und Hitler abgebrochen wurden) eine sehr radikale Demagogie gegen die „feinen“ Leute getrieben, aber sie sind sofort bereit, den selben Weg der „nationalen Konzentration“ zu gehen wie das Zentrum:

„Wir verlangen uns keineswegs grundsätzlich einer „nationalen Konzentration“ und wir sind überzeugt, daß wir mit den anderen für eine „nationale Konzentration“ in Frage kommenden Kräften sehr wohl zu einer Einigung über ein wirksames Aufbauprogramm kommen könnten...“

So schrieb der „Angriff“ am 10. November. Das ist ein Satz, der für die wertigen Anhänger der NSDAP sehr aufklärend ist. Es ist ja nicht schwer, zu erkennen, welche „anderen“ für eine nationale Konzentration in Frage kommenden Kräfte hier gemeint sind. Natürlich das Zentrum und die Deutschnationalen! Das ist die Koalition Hitler-Sugener-Baumil!

Es war noch nicht der vierzigste Tag nach der Wahl vergangen, als die Hitler-Partei sich zur Koalition mit Sugener bereit erklärte, den sie vor dem 6. November ihren wertigen Anhängern als die Infarnation alles Bösen, als die Reaktion in finsterer Gestalt, als den brutalen Ausbeuter schlechthin hingestellt hatte. Jetzt schon können die wertigen Wähler und Anhänger der NSDAP erkennen, wie recht wir Kommunisten hatten, als wir ihnen vor der Wahl ankündigten, daß Hitler sie alsbald nach der Wahl wiederum im Koalitionsschacher verraten und verkaufen würde.

Die „nationale Konzentration“, zu der sich die Nazis bereits bereit erklärt haben, das ist nichts anderes als eine bis ins Zentrum erweiterte „Kriegsbürger Front“, hinter deren schützenden Rücken alle die verschiedenen deutschen Kapitalistengruppen von Ostar Wassermann und Jakob Gohlschmidt bis Klöner, Krupp und Thyssen Platz finden können. Ist das vielleicht das Ziel, für das die NS-Proleten kämpfen wollten, um deswillen die wertigen Wähler der NSDAP die Wüste 1 gemacht haben?

Es versteht sich von selbst, daß der „Angriff“ diese Wirtschaftserklärung für die „nationale Konzentration“ in einen großen Wut wider Hitler eingewandelt hat, mit denen die Redaktionsführer des Dr. Goebbels die Aufmerksamkeit der NS-Proleten von jenen entscheidenden Seiten ablenken wollen. Da wird wieder geschwätzt von Hitlers Anknüpfung an das Reichstagsprogramm, von dem „nationalsozialistischen“ und dem „nationalökonomischen“ Programm.“ Das alles ist Quatsch. Die Herrschaften wissen sehr genau, daß es sich bei der „nationalen Konzentration“ nur darum handeln kann, daß die Nazis dem Besitz des Finanzkapitals zur Durchführung seines Programms unterordnen, welches kein anderes ist als eben das Papen-Programm!

Wo ist alle die schärfsten Todfeinde der Arbeiterklasse konsentrieren wollen, kann da der Sozialfaschismus fehlen? — Immerhin er muß doch auch dabei sein, und er ist natürlich auch dabei. Bei der Würzburger Völkervereinigung, auf der Einheitsliste des Vorgehen gegenüber Papen erstellt wurde, waren am Ende neben dem Zentrumsmittler Bolsch-Wittmer und Schmitt-Baden der Nazi-Minister Saulek für Thüringen und für Hessen der SPD-Minister Aduierung. Da haben wir die Einheitsfront von der SPD bis zu Hitler!

In der deutschen Arbeiterklasse kann es keinen Augenblick einen Zweifel darüber geben, daß die „nationale Konzentration“ eine Verschärfung der Hungerpolitik der deutschen Bourgeoisie, eine Steigerung der schärfsten Unterdrückungspolitik bedeutet. Darum wird die Arbeiterklasse diesen schärfsten Block der Arbeiterfeinde mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe bekämpfen müssen.

Gegen die „nationale Konzentration“ der schärfsten Kräfte der Bourgeoisie stellen wir die Bewegung „Nationaler Arbeiter und Arbeiterinnen der Arbeiterfront“ für den Kampf gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterhaltungsabbau und gegen die schärfste Unterdrückungspolitik! Gegen das national konzentrierte kapitalistische Deutschland und sein „Präsidentenkabinett“ stellen wir die rote Einheitsfront der wertigen Massen und ihre Lösung: Arbeiter- und Bauernrepublik!

Bubiag will wieder entlassen

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Bubiag, das größte Unternehmen im Völkischer Ländchen, hatte vor kurzem auf Grund der Notverordnung 600 Neueinstellungen vorgenommen. Jetzt erfolgen schon wieder Entlassungen. Die Betriebsführer sind angewiesen worden, sich dem „Hilfsdienst“ und „Herr“ zu stellen. In allen Betrieben und Abteilungen der Bubiag muß die Wahl von Delegierten vorgenommen werden zur Revision der Wirtschaftskonferenz der Bergarbeiter, welche am 26. November, vormittags 10 Uhr, in Völkisch stattfindet.

Die Norddeutsche Kommunistische Wochenzeitschrift „Das Rote Echo“ ist von der Kriminalpolizei wegen „Aufzuredung zum Hochverrat“ beschlagnahmt worden.

Der Torgauer Papen-Betrieb wählt!

Betriebsrat und stimmt gegen Papen-Katastrophen, für Kampf gegen Lohnabbau und Akkordschinderei

„Was nützt uns Arbeit, wenn wir dabei verrecken!“

(Arbeiter-Korrespondenz)

Die Belegschaft der Firma Billaer & Bock, Torgau, steht vor der Betriebsratswahl. Durch die Maßregelung der besten, klaffen-bewußtesten Kollegen muß nach dem durch SPD und Nazis erduldten Streikfall die Neuwahl des Betriebsrates erfolgen. Drei Listen sind eingereicht: eine Liste der Freigewerkschaftler, eine Nazisliste und eine rote Einheitsliste.

Die Spitzenkandidaten der Liste der freien Gewerkschaften sind: Josef Fiebel, Richard Schorsch, der schon früher Betriebsrat — und was für einer! — war und Willi Böhmewann, der als Direktor der Torgauer Bergbauverwaltung sich mit diesen plündern einem Lohnabbau bei der Besteuerung zugeklümmert hatte, die die meisten Kollegen überhaupt eine Ähnung davon hatten. Der Betriebsleiter von Billaer & Bock hat das ausdrücklich der Verhandlungskommission gelanden. Die Kandidaten der Nazisliste, Paul Wanda, Kaminsky und Emma Kusa sind nicht einen Schanden besser als die drei Spitzenkandidaten der Freigewerkschaftlichen Liste. Besonders die letztere, die Kandidatin Kusa, zeigte sich in den kritischen Stunden des Streiks absolut unzuverlässig. Von solchen Leuten hat der Unternehmer nichts zu fürchten.

Die Betriebsbelegschaft wurde zum großen Teil umgeschifft.

Sturmzeichen im Ruhrgebiet

Immer neue Lohnabbauofferte in den Großbetrieben

In Dortmund hat nicht nur die Belegschaft des Förder Vereins einen Lohnabbau von 10 Prozent für die 31. bis 40. Stunde ditiert erhalten, auch in den Großbetrieben Linion, Hösch und Höning wird ein solcher Lohnabbau gefordert.

Die Erregung in den Betrieben ist groß. In allen Abteilungen wird eifrig diskutiert und Streik gefordert. Die NSD-Betriebsgruppe bei Höning hat bereits ein Flugblatt herausgebracht. Eine Erwerbslosenkommission beim Betriebsrat von Höning und verweigerte, daß die Arbeitssellen solidarisch mit den Betriebsangehörigen gegen die Lohnabbauofferte kämpfen werden.

Die Lohnabbauofferte in den Großbetrieben des Ruhrgebiets signalisieren für die gesamte Arbeiterschaft die verhängnisvolle Lohnabbauofferte des Unternehmertums. Darum darf keine Zeit mehr verloren werden. Mobilisiert in allen Betrieben! Steht überall eure Forderungen auf, stellt sie dem Unternehmer und legt sie unter selbstgewählten Kampfbedingungen durch!

Lohnabbau im Kampf abgewehrt

Die Firma Pilsnacher AG, Solingen-Wald, hatte den größten Teil der Belegschaft die Überlassungen und Akkordlöhne gekündigt, um einen Lohnabbau durchzuführen. Der Betriebsrat rief eine Belegschaftsversammlung zusammen, die auf Vorschlag des Betreters des Einheitsverbandes der Metallarbeiter eine Delegation wählte, die beim Unternehmer die sofortige Zurücknahme des Lohnabbaus forderte. Angeführt der Kampfentschlüssenen der Belegschaft nahm der Unternehmer den Lohnabbau zurück.

Neuer Wahlsieg der KPD in Sachsen

Große Verluste der Nazis und SPD — Trotz schwächerer Wahlbeteiligung über stärkere Gewinne der Kommunisten

(Eig. Meldung.) Leipzig, den 14. November.

In Sachsen fanden gestern die Kommunalwahlen statt, deren hervorsteckendstes Merkmal ein weit größerer Erfolg der KPD ist. Trotz schwächerer Wahlbeteiligung konnten die Kommunisten die Stimmengewinne gegenüber der am letzten Sonntag stattgefundenen Reichstagswahl fast überall halten, teilweise sogar erhöhen. Die Sozialdemokratie hat eine neue schwere Niederlage erlitten, teilweise noch härter als bei der Abhaltung der nationalen Sozialistischen Stimmzettel. Der Wählerstimmenanteil der KPD wird am angegebenen Stimmzettel zugunsten. In Leipzig liegt der Anteil der KPD beispielsweise von 20,7 Prozent am 6. November auf 22,9 Prozent am 13. November, während der Anteil der SPD erneut von 33,3 auf 31,6 Prozent. Die einzige Partei, die vermerkenswertlich ist, die Kommunistische Partei. Nachstehend die Ergebnisse einiger sächsischer Großstädte.

Leipzig
KPD 98 275 (100 203), NSDAP 132 871 (153 699), (14 810); SPD 101 019 (123 558), (17 701); Nationale Bürgerliste 85 558 (84 545); Volkspartei 16 000 (3966); Staatspartei 7800 (7863); KPD 1341 (—), (5822); Christlich-Soziale 5505 (4289); SWP 691.
Mandate: KPD 17 (9); SPD 24 (27); Nazis 18 (3); Nationale Bürgerliste 10; Volkspartei und Staatspartei je 2 und Christlich-Soziale 1 Mandat.

Chemnitz
KPD 47 574 (47 695) (25 150), SPD 66 630 (59 227) (59 065), NSDAP 69 638 (79 786), Dtl. Sp. 11 554 (13 347), Volkspartei 3091 (3026), Staatsp. 3728 (1729), Christl.-Soz. Volkspartei 2830 (3103), SWP 341, KPD 478, Mittelstand 10 010.
Mandate: KPD 14 (bisler 9), SPD 17 (21), Bürgerliste mit Nazis 20.
1. Kammer: 6. November 1932; 2. Kammer (nur KPD und SPD): Gemeindevorstand 1928. Gültig für alle Orte.

Dresden
KPD 59 708 (64 615) (32 178), SPD 103 883 (123 135) (135 992), NSDAP 104 107 (134 338), Volkspartei 16 455 (22 622), Staatspartei 7749 (8306), Hausbesitzerverein 11 310, Zentr. 5643 (7281), Christl.-Soz. 4733, Handwerker 6947, Dtl. 20 396 (36 185), Handel und Gewerbe 2858, Arbeiterpartei. Rechte 1681, Volkspartei 3221.

Kommunistischer Vormarsch in Südböhmen

Südböh. 14. November.

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)
KPD 9340 (9894), SPD 30317 (32 036), NSDAP 27 681 (31 613), Dtl. Sp. 8791 (5788), Zentrum 765 (964), Han-

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

Bei den gestern stattgefundenen Bürgerstimmwahlen in Südböhmen erzielte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November einen weitern Vormarsch, während dem SPD und Nazis weitere schwere Verluste erlitten. Das Resultat ist folgendes: (Belegzahlen in Klammern sind die Zahlen vom 6. November 1932.)

atlicher Volkswahl 5010 (—), Haus- und Grundbesitz 4136 (—)! Die SPD verlor 5 Mandate, die KPD gewinnt 2 Mandate. Die Wahlbeteiligung war schwächer als bei der Reichstagswahl. Um so bedeutungsvoller ist der weitere kommunistische Vormarsch.

Kommunistischer Wahlsieg im Saargebiet

Saarbrücken, 14. November.

Gestern fanden im Saargebiet die kommunal- und Kreiswahlen statt. In Saarbrücken, wo das Resultat vorliegt, erzielte die KPD einen Wahlsieg. Die SPD hat wieder schwere Verluste zu verzeichnen. In Saarbrücken ist das Resultat folgendes: (Belegzahlen sind die letzten Kommunalwahlen vom 17. November 1929.)
KPD 10 367 (6043), SPD 6571 (8777), NSDAP 6960 (1108), Freiheitl. Volksp. 189 22400, Christlich-Sozialpartei 4998 (3252), Deutsche Sozialistische Volkspartei 4970 (8176), Zentrum 13 738 (13 832). Die KPD erhält 12 Sitze, statt bisher 8 Sitze.

Gestern fanden im Saargebiet die kommunal- und Kreiswahlen statt. In Saarbrücken, wo das Resultat vorliegt, erzielte die KPD einen Wahlsieg. Die SPD hat wieder schwere Verluste zu verzeichnen. In Saarbrücken ist das Resultat folgendes: (Belegzahlen sind die letzten Kommunalwahlen vom 17. November 1929.)

Braun weiter zu Diensten Papens

Neue Fuhrkräfte Papens für die SPD

(Eig. Meldung.) Berlin, 12. Nov.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Zu der Aussprache, die der Papen SPD-Braun aufgefordert hat, ist Braun prompt erschienen; die Anwesenheit fand hinter verschlossenen Türen statt und wird — das einzige, was mitgeteilt wird — in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Papen benutzt diese Unterredung mit Braun, um einen satirischen Druck auf die Hitler-Partei auszuüben, damit sie weniger Mißbilligung für ihre Wahlbeteiligung an der „nationalen Konzentration“ erhält. So unterstützt auch in dieser Weise Braun und die SPD die Pläne der Schleicher, Papen und Hindenburg.

Ein Strich durch die Rechnung der Kriegstreiber und Versaillesräuber

Der flammende Kampf des Genossen Thälmann in der Massenverhaftung der Pariser Arbeiterklasse gegen Versailles und gegen die Kriegsvorbereitungen der deutschen und französischen Imperialisten hat bei den Kriegstreibern dieses und jenseits der Grenze Entsetzen hervorgerufen. Wie? Was? fragen sich die chauvinistischen Kriegstreiber in Deutschland und Frankreich heute. Gerade jetzt, wo mit so schon daran sind, den französischen Arbeitern einzureden, daß der deutsche Arbeiter kein Feind ist; wo wir uns im Schmelze unter Angehörigen befinden, den deutschen Arbeiter zu überzeugen, daß er für die „nationalen Interessen“ der Profiteure der IG-Farbenindustrie und der Vereinigten Stahlwerke auf den französischen Proleten schießen muß, ausgerichtet in diesem Augenblick spricht der Führer der deutschen Kommunisten vor Tausenden von französischen Arbeitern, die ihm zuhören, wenn er von dem gemeinsamen Kampf gegen Versailles und Krieg spricht.

Kamoh, ihr Herren, wir Kommunisten machen einen Strich durch eure Rechnung der chauvinistischen Kriegstreiber und der Versailles-Verfallerrückgriffe. Wir zeigen den deutschen und französischen Arbeitern, wo in Wirklichkeit der gemeinsame Feind steht. Wir zeigen den deutschen Arbeitern den einzigen Weg, der zur Sprengung des Versailles-Jochs führt, nämlich, indem er die Ausbeuterherrschaft im eigenen Lande beseitigt und sich auf den Bündnis mit den französischen Arbeitern stützt.

Die Presse der Kriegstreiber und der Versailles-Knechtschaft in Deutschland, vom „Vorwärts“ bis zum „Angriff“, will das Auftreten des Genossen Thälmann vor den Arbeitern verschweigen. Aber dieses Schweigen bewirkt nur auf uns, welche unheimliche Angst die Feinde des wertvollen Volkes vor dem Kampfbündnis des deutschen und französischen Proletariats unter den Fahnen des Kommunismus haben.

Die Antwort der Hifler und Augenbrenner auf den kommunistischen Freiheitskampf gegen Versailles ist eine mit Hilfe einer plumpen nationalsozialistischen Fälschung organisierte Verhöhnung gegen die Kommunistische Partei. So bieten die Hifler und Augenbrenner den Versailles-Räubern, indem sie das Verbot der einzigen Partei fordern, die den Freiheitskampf des wertvollen deutschen Volkes gegen Versailles im Bündnis mit den französischen Arbeitern führt.

Die chauvinistische Presse der französischen Bourgeoisie heult auf vor Wut. Die „Action Française“, das Organ der französischen Faschisten, schreit hysterisch: „Das Auftreten des deutschen Kommunisten Thälmann in einer kommunistischen Versammlung in Paris bewirkt, daß zwischen den französischen Kommunisten und den deutschen Reichsgelehrten Verbindungen bestehen. Wir fragen den Innenminister, wie er solche Dinge zulassen kann.“ Es ergibt sich eine gewisse Parallele zwischen dem „Vorwärts“, dem Blatt der deutschen Sozialdemokratie, und der „Action Française“, dem Blatt der französischen Faschisten. Der „Vorwärts“ verleumdet die KPD, sie treibe „nationalistischen Sumpf“ und „belege das Gesicht der deutschen Nationalisten“, und die „Action Française“ behauptet ihrerseits die französischen Kommunisten, sie seien sogar „im Bündnis mit den deutschen Nationalisten“. Man sieht: eine Parallele, die die Weltverwirrung zwischen den Reaktionen des „Vorwärts“ und den Reaktionen der „Action Française“ treffend bezeugt. Wer denkt da nicht an ähnliche Verleumdungen der „Schwarzen Hummer“ in Russland, die 2 1/2 in Verleumdungen, die dem Kaiser Wilhelm II. die Weltanschauung der antikommunistischen Heher ist erscheidend. Sie haben in 15 Jahren nicht das geringste dazugelernt.

Mögen sie verleumden, mögen sie lügen, mögen sie verfluchen, solange die Freiheit der Kommunisten dringt in die Ausbeutungsjahren der Lohnlosen Deutschlands und Frankreichs und wird ein millionenfaches Echo erwecken. Die Kriegstreiber müssen erleben, daß sie nicht mehr die Proleten der Länder aufeinanderheben können, während sie hinter ihren Rücken schon die Bedingungen eines gemeinsamen Kampfes der deutschen und französischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion schmieden. Die Kriegstreiber müssen erleben, daß heute eine kommunistische Internationale besteht, die über alle Grenzen hinweg das Kampfbündnis der Proleten Deutschlands und Frankreichs schmiedet. Während die deutsche und die französische Bourgeoisie über den Aufhängungsplatz Herkules mit

Gegen die Annexion Danzigs!

Erklärung des ZK der kommunistischen Partei Polens gegen den polnischen Imperialismus

Warschau, 1. November. Die faschistische Pilsudski-Regierung hat einen neuen provokatorischen Schritt zur Annexion Danzigs unternommen. Sie hat die Verfügung getroffen, daß die Eisenbahnen in Danzig Gebiet die polnische Währung einführen, daß das gesamte Danziger Grenzpersonal sowie auch die Zollbeamten die polnische Sprache als Dienstsprache einführen müssen.

Nach dem vor kurzem durchgeführten Wirtschaftskrieg gegen Danzig, nach den wiederholten Maßnahmen zur militärischen Beherrschung des Danziger Hafens beleuchtet dieser Schritt offen und zynisch die von der kommunistischen Partei Polens gebrandmarkten räuberischen imperialistischen Pläne der polnischen Bourgeoisie gegenüber Danzig.

Diese neue Gewalttat gegen die unterjochte deutsche Bevölkerung Danzigs ist gleichzeitig eine weitere Maßnahme des polnischen Imperialismus zur Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion.

Die kommunistische Partei Polens brandmarkt auch die Helferdienste, die die faschistische PPS (Sozialdemokratie) dem polnischen Imperialismus bei dieser Aktion Polens gegenüber Danzig leistet, indem sie offen ihre Zustimmung zu dieser Unterjochungspolitik erklärt hat.

Das ZK der kommunistischen Partei Polens ruft alle Werktätigen Polens, West-Weißrusslands, des Weißrusslands auf zum entschlossenen Kampf gegen diese neuen imperialistischen Provokationen des polnischen Faschismus, zum weiteren Kampf gegen den Versailles-Raubvertrag, gegen die polnische Okkupation von Danzig.

Zentralkomitee der kommunistischen Partei Polens

Streitbanner über Lancashire

Etwa 200 000 Arbeiter im Streik — „Kein Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern!“

London, 1. November. Der Streik der Spinner von Lancashire ist vollständig. Es stehen über 150 000 Spinner und außerdem etwa 50 000 Arbeiter der Kesselpfeifen im Streik. Die Kampforganisation unter den streikenden Textilarbeitern ist ausgebreitet. Schon am ersten Tage des Streiks wurden überall Massenstreikpöten organisiert. In Bolton fand eine große, von der Widerbewegung organisierte Solidaritätskonferenz von Delegierten aus den Spinnereibetrieben statt, in welcher die Delegierten aus 15 Städten über die glänzende Kampfsituation der Belegschaft unterrichteten.

Die Konferenz von Bolton richtete ein Manifest an die Spinner von Lancashire, in dem es u. a. heißt: „Wir können keinerlei Vertrauen zu unseren sogenannten Führern haben, die einer Herabsetzung unserer Lebenslage zugestimmt haben. Wir dürfen ihnen auch nicht glauben, wenn sie uns jetzt erzählen, daß sie den Streik führen wollen. Wir haben unsere Aktion abbestimmen und dürfen

diese Aktion, die den Arbeitern erteilt wurde, nicht vergessen. Wir selbst müssen durch unsere Aktion diesen Streik gewinnen. Wir selbst müssen unter unseren selbstgewählten Führungen in jeder Fabrik kämpfen. . . . Durch Massenstreikpöten und unabhängige Streikleitungen können wir den Streik zum Siege führen.“

Der „Vorwärts“ bezeichnet heute den Streik als eine „Tragödie“. Eine Tragödie ist für die SPD-Regierung immer, wenn Arbeiter kämpfen.

Hungermarsch-Führer verhaftet

London, 1. November. Der St. Hungermarschleitung wurde heute von einem großen Aufgebot Kriminalpolizei durchsucht und einer der Führer des Hungermarsches, Genosse Hamington, wurde verhaftet. Unter den Arbeitelosen herrscht über diese Unterdrückungsmaßnahmen bestigste Empörung.

Arbeitslosendemonstration in Chicago

„Wählt Kommunisten!“

Chicago, 1. November. Trotz polizeilichen Verbots veranstalteten am Montag etwa 15 000 Arbeitslose eine Demonstration durch die Straßen des Stadtbezirks. Auch zahlreiche Frauen nahmen an der Demonstration teil. Die Demonstranten trugen Transparente, wo neben der Forderung nach Arbeit und Brot auch die Forderung stand: „Wählt Kommunisten!“

Der Landesrat der Arbeitslosen kündigt einen Hungermarsch der Arbeitslosen nach Washington an. Dieser Hungermarsch soll im Dezember stattfinden.

Unterstützung der deutschen und französischen Sozialdemokratie während der Nazis die Versailles-Knechtschaft anzuerkennen, führt die kommunistische Partei den einzigen wirklichen Kampf gegen die nationale und soziale Verfallung des deutschen Volkes, indem sie durch die Schließung des Kampfbündnisses mit den französischen Arbeitern die Voraussetzungen schafft zur Zerreißung des Versailles-Vertrags.

Unter dem Freiheitsbanner des Kommunismus, unter dem Banner des proletarischen Internationalismus werden auch die Werktätigen Deutschlands sich zum Doppelpfad der Ausbeutung durch das deutsche und internationale Finanzkapital befreien.

Nazis als Saiten Mussolinis

Innsbruck, 1. November. In der faschistischen Parade in Vosen nahm u. a. auch eine 30 Mann starke Abteilung von Nationalsozialisten in Uniform aus dem Deutschen Reich teil. Bemerkenswerterweise haben die Deutschen Saiten, die durch das faschistische Regime auf das grausamste gestrichelt und unterdrückt sind, es ausdrücklich abgelehnt, an diesen Feiern teilzunehmen. Die Hitlerpartei aber huldigt den Unterdrückern der proletarischen Deutschen und kriecht vor Mussolini auf dem Bauch.

Faschistische Regierungsjaktion gegen Bulgarische Arbeiterpartei

Sofia, 1. November. Seit dem gewaltigen Wahlsieg der Arbeiterpartei in Sofia trifft die bulgarische Regierung harte Vorbereitungen zum Verbot der revolutionären Arbeiterpartei des bulgarischen Proletariats. Am letzten kommunistischen Demonstrationen anlässlich der Thronrede des bulgarischen Königs hat nunmehr ein Ministerialrat fastgefunden, der sich mit dem Verbot der bulgarischen Arbeiterpartei beschäftigte. Nach dem Verbot der deutschen Faschisten werden gefällste Dokumente dazu verwendet, um der bulgarischen Arbeiterpartei und ihren Sobranze Abgeordneten eine „Verschwörerität“ nachzuweisen.

L. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben.

Copyright 1952 by Mopr-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). 28. Fortsetzung

Im Herbst 1902 schickte das Komitee in Twerj Iwan Smirnow zur Arbeit. Der verfuhrte zuerst, in der Textilfabrik Rabuschinskis als Weber unternommen. Da es aber nicht ging, arbeitete er, trotzdem er Antilettler war, als gewöhnlicher Arbeiter in der Lederfabrik Prowkufajew. Er organisierte einen Zirkel aus zehn bis zwölf Arbeitern der Fabrik Rabuschinskis. Im Februar 1903 wurde er, nachdem ihn der Meister Scharow der Polizei angab, verhaftet und blieb im Gefängnis von Wolschni-Wolodschok bis zum Herbst 1904.

Iwan Golubow, der im Zirkel des Genossen Druschinin arbeitete, wurde ebenfalls nach dem Streik, der drei Wochen dauerte, in der Textilfabrik, im Mai 1903, verhaftet.

Genosse Druschinin quartierte mich in seiner Wohnung ein. Sein Vater war ein Kaufherr, der täglich die Postkutsche zum Bahnhof in die Stadt brachte. Er belieh außer seinen Pferden ein ziemlich großes einstöckiges Holzhaus, das aus einigen Zimmern bestand.

Ich schloß zusammen mit Druschinin auf dem Fußboden. Druschinin war ein gelungen, feiner Bruder, einen Schloffer, der bei der Eisenbahn arbeitete, für unsere Sache zu gewinnen.

Machte schon Twerj den Eindruck einer Provinzstadt, so war Wolschni-Wolodschok ein ganz des Meist. Die Wägen des am 11. Parteitag in Anrath getretenen Meeres hatten nicht nur Wolschni-Wolodschok nicht erreicht, hier war nicht einmal der Kampf mit dem Delonismus beendet. Die Organisation in Wolschni-Wolodschok, ebenso wie die in Twerj nannte sich offiziell „Kraut-Organisation“, in Wirklichkeit aber wurde die Arbeit nach einer Broschüre von Mieslow gestiftet (das war der linke liberale

Rubakn). Diese Broschüre hieß: „Gegen uns ist nichts zu machen.“ Talentvoll geschrieben, fand sie durch die interessante und leichte Schreibart großen Beifall unter den Arbeitern. Sie schilderte die Wut und die Hilflosigkeit des Fabrikarbeiters Schwobornikow, des Gewerkschaftsleiters Smelembow und der Gewerkschaftsunterstützter Mieslow und Lampasow im Kampfe mit den Arbeitern, die trotz aller Schikanen vor den Augen der Gedarmen ihre Flugblätter verbreiteten und zum Streik aufriefen. Aber diese Broschüre begnügte sich mit dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und verschwie die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse, wie die Niederringung der Selbstherrlichkeit, erwähnte auch mit keinem Wort die Theorie der Arbeiterklasse, den revolutionären Marxismus, unter dessen Banner der Klassenkampf der Arbeiter zu führen sei, erwähnte mit keiner Silbe die Einzelsie der Arbeiterklasse — die sozialistische Revolution. Druschinin und die beiden Wolschni lernten diese Broschüre den Arbeitern vor; zu diesem Zweck luden sie die verteilten Stellen im Wald auf und lasen mit einer Laterne in der Hand.

Es mußte also ein Kampf geführt werden sowohl gegen Rubakn Broschüre, wie auch gegen die Laterne, die den Gedarmen ermöglichte, die Arbeiterzirkel oder die größten Arbeiterveranstaltungen im Wald zu entdecken.

Da Druschinin für diese Broschüre sehr eintrat und fand, daß es unmöglich sei, sie sofort fallen zu lassen, kamen wir überein, daß wir sie nur für die Anfangszeit gebrauchen würden und dann zur Aufklärung über die Werttheorie von Marx, über die materialistische Geschichtsauffassung und über die revolutionäre Aufgabe der Arbeiterklasse, die der damaligen Zeit entsprach; der Niederwerfung der Selbstherrlichkeit, streikten wir ein. Ich behandelte darauf, daß jenen Arbeitern, die sich in der revolutionären Arbeit besonders hervorzuheben, die Wichtigkeit gegeben werde, „Was tun?“ von Lenin zu lesen und die Zerkennungen, die nur wenigen Arbeitern in die Hände kam.

Die Arbeit ging unter sehr kümmerlichen Verhältnissen vor sich. Wir hatten kein Geld für Flugblätter, fast gar keine Räume fanden uns für unsere Veranstaltungen zur Verfügung. Wir mußten die Vorbereitungsarbeit der Organisation durch individuelle Propaganda beginnen. In diesem kleinen Städtchen war es außergewöhnlich schwer, sich irgendwo unbemerkt von der Obrigkeit zusammenzufinden. Nach dem dreiwöchigen Streik im Mai 1903, geführt von der sozialdemokratischen Arbeitern M. Mieslow, M. Golubow, Prowkufajew, Scharow, P. Smirnow, W. Antonow und

S. Mieslow, wurden Mieslow und seine Schwester Olga ununterbrochen von der Obrigkeit beobachtet, ebenso wie auch Druschinin und ein Teil der in Wolschni-Wolodschok zurückgebliebenen, nicht verhafteten und nicht verbannten sozialdemokratischen Arbeiter. Jedes Flugblatt, das aus Twerj zugesandt wurde, schrieb man ihnen zu. Da die meisten der oben erwähnten Genossen, aber ihre Eltern, wie es bei Druschinin der Fall war, keine Häuschen besaßen, war es für sie sehr schwer, sich vor der Polizei zu verstecken.

Ein kleiner, buckliger Weber, der ebenfalls Weber eines kleinen Holzhauses war und der als Sozialdemokrat nirgendwo mehr Arbeit fand, erzählte mir, daß jedesmal, nachdem der Polizeichef von einer Arbeiterversammlung in seinem Haus erfuhr, er ihn zu sich rief und in anbrüllte:

„Du buckliger Teufel du, es war schon wieder eine Versammlung bei dir, du hast schon wieder geschwätzt! Warte nur, meine Geduld plagt sehr bald, und dann werde ich dich, du buckliger Teufel, verbrennen. Ich schicke dich dorthin, wo sich die Weiße Gute Nacht sagen! Dann wirst du schon daran denken, was es heißt, zu probieren! . . .“

„Es waren aber gar keine Versammlungen bei mir, Herr Polizeichef, und ich predige auch nicht. Es haben sich Bekannte bei mir versammelt, Harmonika gespielt und mit jungen Mädchen getanzt.“

„Ich kenne schon deine Tangobende! Wozu brauchst du sie? . . . Ihr leßt wohl Marx! Versteht ihr denn, ihr bösen Hunde, Marx? Ich will nicht, sonst kommst du dorthin, wo sich die Weiße Gute Nacht sagen!“

Dieses Gespräch bewies, daß der Polizeichef und die Obrigkeit sehr fleißig die Interessen der Rabuschinskis und Prowkow vertrat.

Die Versammlungen konnten also sehr selten organisiert werden und nur zu dem Zweck, um die Arbeiter in Wolschni-Wolodschok zu irgendeiner Aktion vorzubereiten. In Twerj, wo der Magistrat liberal war, wurde die Arbeit durch Hilfe der Magistratsangehörigen, was Versammlungsräume und Geld für Flugblätter betraf, sehr erleichtert. In Wolschni-Wolodschok aber, wo der Magistrat konservativ war, war die Arbeit in jeder Beziehung außerordentlich schwierig.

Da die Arbeiter hauptsächlich in den Dörfern wohnten, mußten sie jeden Sonntag fahren, sprach alles dafür, daß der Schwerpunkt der Arbeit dorthin übertragen werden sollte.

(Fortsetzung folgt)



Rundfunk-Programm

Freitag, 4. November

6.15 Uhr: Funkkonzert... 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt... 12 Uhr: Mittagessen... 14-15.30 Uhr: Sonntagssender...

21 Uhr: Engeltrauen der Reichswehr... 22.10 Uhr: Frauen im Schotten großer Männer... 22.30 Uhr: Unterhaltungsmusik.

Sportler Wahlersammlung!

Morgen, Freitag, den 4. November, 20 Uhr, findet in Halle, „Gemeinschaftshaus“, Leipziger Straße, eine öffentliche Sportler-Wahlersammlung statt...

Wie wird das Wetter?

Freitag: Südliche Winde, Nachläsen der Niederschlagsneigung und Abnahme der Bewölkung...

Table with 2 columns: Pegelstand der Saale, Pegelstand der Elbe. Lists locations like Trotha, Bernburg, Calbe and water levels.

Der Weg zum Kunden

Large directory of businesses across various towns including Sangerhausen, Nordhausen, Eintracht, and others. Includes advertisements for 'Juno' soap and 'Rosenberg' department store.



Lobt jeder! - Advertisement for Juno soap.

RUND UM DEN ERDBALL

Die Buchungsmaschine macht dich gesund

„Weg mit der Sozialversicherung“ — sagen die Nazis

Ersparnisse an Kranken

Für die Gesundheit wird zuviel Geld ausgegeben. Wir sind ein armes Volk und müssen sparen. Und dazu bieten die Ausgaben in der Krankenversicherung die beste Möglichkeit. Die höchste Bezahlung der Kassenzärzte, die Beschränkung der Arzneimittelverordnung auf billige und zum Teil minderwertige Präparate ist nun schon zur Gewohnheit geworden. Aber immer noch reichen die hierdurch gesparten Summen nicht aus, und so suchen die gegenwärtigen Nachhaber nach weiteren Sparmöglichkeiten.

Die Erhebung einer Krankenschein- und Rezeptgebühr von je 50 Pfennig haben noch nicht genügt, um den Kranken davon abzuhalten, einen Arzt aufzusuchen. Im Gegenteil; der Krankenstand hat sich als Folge der Wirtschaftskrise, als Folge der immer schlechter werdenden Wohnungs- und Ernährungsvhältnisse der wertvollen Bevölkerung dauernd gesteigert. Auch die rigorosesten Maßnahmen der Krankenkassenverbände, wie Aussteuerung nach 26 wöchentlicher Behandlung, die zwangsweise Entziehung des Anteils für die Familienangehörigen, den diese selbst in Höhe von durchschnittlich 50 Prozent für alle Hilfsmittel und für Krankenaufenthalte zu zahlen haben, haben die Ausgaben in der Krankenversicherung zwar verringern können, aber doch nicht so, daß wesentliche Summen eingespart werden konnten.

Von den verschiedenen Vorschlägen, die zu diesem Zweck gemacht worden sind, ist jetzt einer zur Durchführung angenommen worden: die Erlasspflicht der Ärzte gegenüber den Krankenkassen bei „unwirtschaftlicher Verordnungswiese“. In diesen Tagen wurde allen Ärzten ein Rundschreiben zugestellt, in dem es heißt: „Die Behandlung darf das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Der Kassenzarzt hat . . . die Heil- und Stärkungsmittel nach Art und Umfang wirtschaftlich zu verordnen und auch sonst bei Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen, die Kasse vor Ausgaben soweit zu bewahren, als die Natur seiner Dienstleistungen es zuläßt. Der Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt außer Acht läßt, hat der Kasse den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

Ersatzpflicht

Hiernach hat also der Arzt nicht mehr die Aufgabe, den Kranken vor unnötiger Gefahr zu bewahren und ihn in kräftigen und gesunden Tagen zu betreten, sondern die Krankenkasse vor Ausgaben (auch vor nötigen?) zu schützen. Die Erlasspflicht gegenüber der Krankenkasse wird den Erfolg haben, daß ängstliche, auf ihre Einnahmen vorwiegend bedachte Ärzte sich überhaupt nichts mehr zu verordnen getrauen. Uebelnehmen kann man ihnen das eigentlich auch nicht. Wie viele von den heutigen Ärzten wären wohl bereit, unter Hinterrückung ihres eigenen Vorteils, auch auf die Gefahr hin, von der Kasse dafür härter bestraft zu werden, den Patienten gute und teure Kranken zu verschreiben?

In den neuen Verordnungswesen wird übrigens von den Ärzten verlangt, bei aller gebotenen Sparsamkeit darf die Krankenschein nicht minderwertig sein. Kann aber der Heilmittel durch billigere Heilmittel oder Kuren ersetzt werden, so darf der Kassenzarzt kostspieligere auch dann nicht verordnen, wenn der Verschifter sie verlangt. . . Sehr oft können Arzneien durch einfache hygienische, physikalische oder diätetische Maßnahmen ersetzt werden.“

Die Vertrauensärzte der Krankenkassen („Vertrauensärzte“ deswegen, weil sie mehr das Vertrauen der Kranken noch der Ärzte haben) gehören zu den richtigen Wunderheilkundigen, die einen schweren Herzfehler mit Blutdrucktropfen oder Ischaemien Fuß- oder Beinleiden heilen können, die auch einen sterbenden noch arbeitsfähig machen können. Hauptfache bleibt, die Krankenkasse wird nicht belastet. Was aus dem Kranken geschieht, ist im übrigen ganz gleichgültig. Krankenhauspflanze soll möglichst „oemieden“ werden. Die Zustimmung der Krankenkasse zur Einweisung ins Krankenhaus ist in jedem Falle einzufordern. Nur bei akut lebensbedrohlichen Zuständen genügt ausnahmsweise das einfache ärztliche Attest.

Hellung mit 5 Mark im Quartal

Die Ärzte haben zwar gegen diese Sparmaßnahmen der Krankenkassen zwei oder drei Male Proteste losgelassen, aber im



Hilfer und Hummel — der gleiche Rummel
Die ALZ: Gegen Fürst und Lakai
Für K.P.D., Liste dr. Leib.

übrigen sich schon längst auf den neuen Zustand eingestellt. Die Krankenkassen haben einen ganz neuen Dreh gefunden, wie sie jederzeit die Ärzte erlasspflichtig machen können. Sie verheimlichen nämlich die Durchschnittssumme, die der Arzt für einen jeden Kranken an Arzneimitteln verbrauchen darf. Sie wird immer erst am Vierteljahresabschluss hinterher bekanntgegeben und schwankt so etwa um fünf Mark vierteljährlich! Jeder kann sich vorstellen, wieviel — oder besser wie wenig — von den teuren Arzneimitteln, an denen die heimliche Großindustrie Riesensummen verdient, ein Arzt für fünf Mark verdienen kann. Daß dabei die Gesundheit des Kranken leiden muß, ist sicher.

Die Krankenkassenverbände haben aber ganz andere Sorgen, als auf die Gesundheit ihrer Mitglieder bedacht zu sein. Sie müssen sehen, daß sie aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die restlichen Riesensummen für die Millionenpraktikanten ihrer Verwaltungsbüro herausheben können. Die sozialdemokratischen Vorkämpfer der Allgemeinheit Christenkrankenkasse Berlins sind sich schon seit Monaten nicht darüber schuldig geworden, ob die Innenausstattung ihres neuen Prachtbaues, der ursprünglich auf nur 5 Millionen veranschlagt war und bisher schon über 23 (dreißig) Millionen Mark gekostet hat, in blauer Seide und Silber aber in vielteuflerem Samt und Silber gehalten werden soll. Es mußten mehrere Sitzungen über die wichtige Frage abgehalten werden, ob die Sessel, in die die sozialdemokratischen Herren Direktoren ihre festen Hintern hineinschmeißen müssen, mit Leder oder mit Plüsch überzogen sein sollen.

„Widernatürliche Auslese“

Den Ärzten aber wird die Anschaffung einer eigenen Buchungsmaschine empfohlen, damit sie den Arzneimitteldurchschnitt, der ihnen noch nicht einmal bekannt ist, nur ja nicht überschreiten. Alle diese Maßnahmen liegen in derselben Linie, wie sie auf der Reichstagung der nationalsozialistischen Ärzte verflüchtet wurde: „Die Sozialversicherung schwächt und lähmt das Volk in einer moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, sichtet körperliche und seelische Lumpen.“ Ein Naziarzt hat das mit anderen Worten ausgedrückt, indem er sagt, daß die

ERNST THÄLMANN:

Im Kampf gegen die
faschistische Diktatur

REDE UND
SCHLUSSWORT
AUF DER
PARTEI-
KONFERENZ
DER KPD

DIE
POLIT-
RESOLUTION
DER PARTEI-
KONFERENZ
AM
10. OKTOBER 1932

HERAUSGEGEBEN
VON DER KPD



ärztliche Behandlung der Krankenkassenmitglieder „eine wider-
natürliche Auslese begünstigen.“

Sozialdemokratische Krankenkassenverbände und Naziarzte in einer Front! Fürwahr ein edles Paar von Feinden! Steht nur auf den eigenen Partei bedacht, kümmern sie sich einen Dreck um gesundheitspolitisch notwendige Maßnahmen, suchen sie nur neue Mittel und Wege zur Spartamkeit. Alle die aber, die als Versichertete auf die Hilfe der Krankenkassen angewiesen sind, haben am 6. November ausreichend Gelegenheit, den Vorkämpfer ihrer Rettung zu überreden, indem sie die Liste B, die Liste der Kommunisten, der einzigen Partei, die die Rechte der Versicherten wahrnimmt, wählen. Um alle die Stimmen zu bündeln, werden sich Nazis und SPD. wohl beiwider große Ibbitions-
apparate anschaffen müssen.
Dr. Wilhelm Siemly,

Vervielfachung der Zahl der ärztlichen Hilfsstellen und Sanatorien

Gewaltige Fortschritte des Gesundheitswesens in der Sowjetunion

Die Gesundheit der Werktätigen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus. Die Partei der Bolschewiki und die Sowjetmacht machen alle Anstrengungen, sie scheuen keine Mittel, um die Werktätigen der Sowjetunion über die Notwendigkeit der Hygiene aufzuklären. Auf diesem Gebiet erzielte die Sowjetmacht in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens große Erfolge. Die Zahl der ärztlichen Hilfsstellen in den Betrieben wuchs von 487 im Jahre 1917 auf 4609 im Jahre 1931 und auf 5506 im Jahre 1932. Die städtischen Polikliniken waren im Jahre 1917 für 23 Millionen Besucher berechnet, während sie im Jahre 1932 für 35 Millionen Besucher berechnet waren. Auf dem flachen Land liegt die entsprechende Zahl von 40 auf 129 Polikliniken. Während in den kapitalistischen Ländern die herrschende Klasse bestrebt ist, ihre Profite zu erzielen, und während sie versucht, auf Kosten der Arbeiterklasse ihren schwandenden Staatshaushalt durch alle möglichen Eingriffsmaßnahmen der Ausgaben für den Schutz der Gesundheit auszubalancieren,

wächst dieser Artikel des Etats in der Sowjetunion ununter-
brochen.

Die Ausgaben für den Schutz der Gesundheit in der Sowjetunion stiegen von 128,5 Millionen im Jahre 1913, auf 1025,8 Millionen im Jahre 1930 und auf 1375 Millionen im Jahre 1932. Wohlige gewaltige Erfolge auf dem Gebiet des Gesundheitswesens hat die Sowjetunion auch in den nationalen Republiken erzielt. Diese unter dem Joch des zaristischen Regimes kannten fast keine ärztliche Hilfe. Jetzt gibt es bei ihnen nicht nur ein umfangreiches Netz von Heilanstalten und Polikliniken, sondern auch eine gut organisierte prophylaktische Medizin. 1913 gab es auf dem Gebiet der jetzigen ukrainischen sozialistischen Sowjetrepublik keine einzige Beratungsstelle. Ende 1930 gab es dort 28 Beratungsstellen für Frauenkranke und Gesehäftsleute. In der turkmenischen Republik gab es Ende 1930 7 Beratungsstellen und in der Ukraine 339 gegen sechs im Jahre 1913.

Streit im Arbeitslager

Hamburg, 2. November. Im Arbeitsdienstlager der Stadt Altona sind mehrere hundert Jungarbeiter in den Streit getreten, zum Zeichen des Protestes gegen die Einstellung von Zuschlagungen, die von der Stadt, als ursprünglicher Begründerin des Lagers, geleistet wurden, nach dem Erlass der Arbeitsdienstverordnung des Reiches aber eingestellt werden mußten. Die Erbitterung darüber hat zur Arbeitsniederlegung geführt.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und D-Zug

Paris, 2. November. An einer Bahnüberführung in der Nähe von Dijon, an der es bereits häufig schwere Unfälle gegeben hat, ließ am Dienstagmorgen der D-Zug Nancy-Nevers mit einem Straßenbahnwagen zusammenstoßen. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet. Sechs Personen wurden schwer verletzt, von denen bereits zwei gestorben sind.

Der Horthy-Hölle zu entfliehen versucht

Innsbruck, 2. November. Auf dem Bremsgefänge unter einem Wagen des D-Zuges Budapest-Paris wurden gestern nachmittag zwei arbeitslose Ungarn entdeckt, die auf diese gefährliche Weise die Flucht von Budapest nach Paris durchführen wollten. Die beiden Arbeitslosen wurden der Polizei übergeben.

Kokainschmuggelergesellschaft aufgehoben

Kattowitz, 1. November. In Zusammenarbeit mit der Lodger Polizeibehörde hat die Kattowitzer Kriminalpolizei eine weitverzweigte Kokainschmuggelergesellschaft ausgehoben und zahlreiche Verhaftungen in Röhbit und anderen Distrikten der Woiwodschaft Schlesien vorgenommen. Die Zentralpunkte des Kokainhandels sind Kattitz, Lody und Kattowitz, bei denen größere Mengen von gefälschtem Kokain aus Deutschland an die Verbraucher in Polen zu Preisen von 6 bis 20 Zloty für das Gramm geliefert wurden. Unter den Beschrimern befinden sich auch hochgestellte Persönlichkeiten der polnischen Gesellschaft, deren Namen jedoch geheimgehalten werden.

Sturm über Neunorf

80 Wochenendhäuser zerstört — Zahlreiche Verletzte

Neunorf, 2. November. Neunorf und Umgebung wurden am Dienstag von einem ungewöhnlich heftigen Unwetter heimgesucht. Sturm und Regen riefen vielerorts große Zerstörungen an. Besonders schwer betroffen wurden die Wochenendkolonien auf Long Island, wo rund 80 Häuser von der Sturmflut zerstört wurden, 20 zum Glück unbewohnte Wochenendhäuser wurden von der hochgehenden See fortgespült. Die Lage wurde dadurch vergrößert, daß in mehreren der eingekürzten Häuser Feuer ausbrach. Ein großes Aufgebot von Feuerwehren, Polizisten und Sanitätsmännern schloß alle zu Hilfe. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 15 Personen verletzt worden. Auch in Neunorf selbst wurde erheblicher Schaden angerichtet. Vom Woolworth-Wolventlager flüchtete eine große Menge Feuerstoffe in die Tiefe. Ein junges Mädchen und ein Polizist wurden durch die Splitter schwer verletzt. Der Hafenvorkehr war teilweise unterbrochen. Die Dampfer treffen verspätet ein.

Zurchbare Blutart im Gefängnis

Freiburg (Breisgau), 2. November. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Montagabend im hiesigen Landesgefängnis in einer Gemeinschaftszelle eine zurchbare Blutart. In einem Unfall von Tothtuch entstand ein Gefangenener mit einem harten Gegenstand aus seiner Wirtgefangenen und brachte dem dritten schwere Kopfverletzungen bei, die aber nicht lebensgefährlich sind.

Furchtbarer Betriebsunfall in einem Hofhofen

Mühlheim a. d. N., 2. November. Bei Reparaturarbeiten am Hofhofen fiel am Samstagabend der 48 Jahre alte Arbeiter Peter Bohrmann auf der Friedrich-Wilhelm-Straße in die 1800 Grad entzündete Feuergrube. Als die Glöde des Hofhofens geöffnet wurde, löste sich das Feuerretens der Friedrich eine Flamme hervor, wobei ein Betriebsingenieur und vier Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark. Eigenes Vertriebsbüro: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Lindenstraße 14, Tel. 210 46 (Halle); 210 67 (Merseburg)

Das ist der klarste Arbeiter-Zeitungs-
Der Rote Stern

Abbestellungspreis: 12 Pf. für den mm Höhe und Spalte 1 Bl. im Tagblatt. Postamt: Postabst. des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Postfach 100 100, Berlin. Druck: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Lindenstraße 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Montag, den 14. November 1932

12. Jahrgang, Nr. 264

Streikbruchagenten am Pranger!

SPD und Nazis Arm in Arm mit der Hugenberg-Direktion der Berliner Verkehrs-AG — Eine bemerkenswerte Aufsichtsrats-Nähe und aufsehenerregende Enthüllungen darüber, wie das Braune Haus den Streikbruch kommandierte

Die Sozialdemokraten ...

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. November.

Wer noch Zweifel hegte über die Rolle der sozialdemokratischen Bürokratie als erbärmliche Streikbrecher und gedungene Mittel der NSD-Direction, wer das freudhafte Doppelspiel, das die Nazis mit den streikenden VWG-Arbeitern getrieben haben, noch nicht reiflos durchschaute, der mag folgendes lesen und sein Urteil fällen. Gemeinsam mit den latenten NSD-Direktoren stimmten in der Aufsichtsratsitzung die sozialdemokratischen Aufsichtsratsvertreter alle kommunistischen Anträge nieder, in denen im Namen des ganzen wertfähigen Berlin die sofortige Wiederentstellung der 2500 gemahregelten VWG-Arbeiter, die Zurücknahme des Lohnabzuges und die Bezahlung der Streiktage gefordert wurde. Derselben Nazis, die sich im „Angriff“ nicht genug tun können an heuchlerischem Kriegesgeheiß gegen die VWG-Direktoren, sprechen dem Bürgermeister Dr. Elsas, der für die ungescheitlichen Maßnahmen gegen die VWG-Arbeiter die Hauptverantwortung trägt, durch die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages ihr volles Vertrauen aus.

Die Nationalsozialisten ...

Der „Deutsche“ die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, veröffentlichte eine aufsehenerregende Mitteilung des politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsblattes. Danach hat die Parteileitung der NSDAP von der Berliner NSD-Verwaltung katastrophisch gefordert, schon am Sonnabend, dem 5. November, im Berliner Verkehrsstreik offen zum Streikbruch aufzurufen. Der NSD-Verleiter Engel wagte aber unter dem Druck der Naziarbeiter nicht, diesen Befehl vollständig auszuführen. Er hat zwar im Geheimen den Streikbruch organisiert, er hat sich von der NSD-Streikleitung vollständig zurückgezogen, wagte aber keine offene Aufforderung zum Streikbruch. Deshalb hat jetzt die Parteileitung der NSDAP in München ein Wunschkommuniqué herausgegeben gegen den Berliner NSD-Verleiter Engel eingeleitet.

Allen bisherigen Naziarbeitern müßten diese un-

gescheitlichen Tatsachen zur Kenntnis gebracht werden! Die Nazisführer, an der Spitze Hitler, haben die Berliner Nazisführer beauftragt, den Streikbruch zu organisieren.

In der Aufsichtsratsitzung hätten die kommunistischen Anträge auf Zurücknahme der Lohnkürzungen, Bezahlung der Streiktage und Zurücknahme der Währungsleistungen reiflos angenommen werden können, da eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten vorhanden ist. Die Sozialdemokraten traten auf das entscheidende für die Ablehnung der kommunistischen Forderungen ein. Betrachtet man die Enthüllungen des „Deutschen“ über die Büttelrolle der Nazis in diesem Zusammenhang, so ergibt sich, daß von den Nazis bis zur SPD eine geschlossene Einheitsfront in dieser bisher größten Streikbewegung dieses Jahres vorhanden ist.

Das rote Berlin wird beweisen, daß keine Einheitsfront der Arbeiter ist. Die Belegschaften in den Betrieben werden es sich zur proletarischen Ehrenpflicht machen, nicht nur Solidarität zu üben, und die gemahregelten Kämpfer und ihre Familien vor dem Hunger zu bewahren, sondern auch ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Wiederentstellung der gemahregelten VWG-Kollegen zu erzwingen.

Der Genfer Soldat überlegt sich etwas!



Dieser Soldat der Genfer Infanterie betrachtet seinen eingeschlagenen Stahlhelm! Ob er an seine Kameraden denkt, die mit den Arbeitern gemeinsam die „internationale“ sangen?

✖rite colorchecker CLASSIC

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----

Inhalt
Lübeck und
ert Pfefferik
nicht der heutige
in Widerstand der
die Hungeroffensive
Organisierung der
„Kriegskampf“!
„Kriegsheber

Soldaten fingen die „Kriegsheber“

(Eig. Drahtm.) Zürich, 14. November.
Als am Sonnabend der Platzkommandant Lederrey vor den Genfer Truppen eine Ansprache hielt, rief ihm ein Soldat zur „Mörder!“ Der Soldat wurde verhaftet. Ferner verbündeten sich später Soldaten, die in den Ausstellungen lagen, mit den Arbeitern. In einigen Quartieren sangen die Soldaten die „internationale“. 22 Soldaten wurden bisher verhaftet. Schließlich wurden die Genfer Truppenteile aus der Stadt zurückgezogen und dafür große Verstärkungen von ländlichen Truppenteilen nach Genf verlegt. Die Genfer Behörden nehmen Massenverhaftungen von Kommunisten vor. Bei der Beerdigung der Todesopfer am Sonnabend gingen die Offiziere in unerhörter Weise gegen die Trauerzüge vor, u. a. wurden Wasserstrahlen am Sonnabend gegen die Teilnehmer der Genfer Demonstrationen auf den Straßen Spaller, als der Trauerzug vorbeizog. Die kantonale Regierung hatte Maschinengewehre in den Straßen aufgestellt, um größere Aufmärsche bei der Beerdigung zu verhindern.

Die „Brawda“ über das Blutbad in Genf

(Zusprecher) Moskau, 12. November.
Der Leitartikel der „Brawda“, „Eine Proklamation der Kriegsbeher“ stellt fest:
Mit Salven gegen Proletarier, die gegen Krieg und Intervention demonstrieren, hat die Schweizer Bourgeoisie für die Abrüstungs-Konferenz und Generalstab, die die einen imperialistischen Krieg vorbereiten, Schlachtfelder abgeben. Hörtigen Vorkäufen der Imperialisten, die gemeinsam mit ihnen einen kriegerischen Ausweg aus der Krise streifen, verbieten die Schweizer Bourgeoisie die Einberufung des Internationalen Antikriegsbundes nach Genf. Die Schweizer in Genf waren ein direktes Ergebnis dieser schändlichen Kampagne. Sie stellen eine im Voraus vorbereitete genau berechnete Proklamation dar.
Das Blatt stellt ferner fest:

„Die Genfer Demonstration ist ein Ausdruck des wachsenden revolutionären Aufstiegs, der auch die kapitalistische Schweiz ergreifen hat. Die Schweiz, die bisher von der Bourgeoisie als eine „Friedensinsel“ im häßlichen Meer der imperialistischen und politischen Unstetigkeit“ betrachtet wurde, wird immer öfter der Schauplatz erbitterter Klassenkämpfe. Genf war bisher in den Augen breiter werktätiger Massen die Verhüllungsbühne kapitalistischer Schmeichelei, Vorkriegscharakter unter den Imperialisten, eines Machtplatzes für Waffenbestellungen. Die Ereignisse vom 8. November haben ein zweites Antlitz, das proletarische Antlitz von Genf, aufgezeigt. Auf den Altar des „Völkerverbundes“ wurden zur Sicherung der ruhigen Zusammenarbeit der Imperialisten und der Internationalen von der Bourgeoisie politische Zeichen erschöpfener Arbeiter gebracht. Die Schweizer Geheimpolizei nutzte die von ihnen selbst geschaffene Proklamation zur Verleumdung der kommunistischen Partei aus. Doch die Massenbewegung, die stürmische Aufschwung gegen die Kriegsheber ist nicht aufzuhalten“

Die „nationale Konzentration“ gegen die Arbeiterklasse

Die Antwort der deutschen Bourgeoisie auf den großen Wahlsieg der Kommunisten war der Ruf nach der „nationalen Konzentration“, nach der Vereinigung aller faschistischen Kräfte zum Kampfe gegen die deutsche Arbeiterklasse und ihre Führer, die Kommunistische Partei. Das Kabinett Papen-Schuler hat sich sofort zum Wortführer der „nationalen Konzentration“ gemacht; es hat erklärt, daß es seine Arme für jeden geöffnet halte, der zur Zusammenarbeit bereit sei. Das war eine offene Einladung an Hitler und die NSDAP, aber auch an das Zentrum, ohne dessen Hilfe eine „nationale Konzentration“ im neuen Reichstag nicht über eine Mehrheit verfügen würde.
Es liegt auf der Hand, weshalb die deutsche Kapitalistenklasse eine solche „nationale Konzentration“ braucht: wegen der Zuspitzung der innerpolitischen Lage, die in der großen Streikwelle der vergangenen Wochen und ganz besonders in dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik zum Ausdruck kam, die sich in der wachsenden Attroierung der Arbeitslosenmassen zeigt, die angeht des bevorstehenden Hungerwinters äußerst bedrohlich werden kann. Die „nationale Konzentration“: das soll ein faschistischer Bloß sein, auf den sich das „Präsidentenkabinett“ bei seiner arbeitereindlichen Politik stützen kann, ein Staudamm zur Rettung des bankrotten Kapitalismus vor der immer höher steigenden Flut der roten Einheitsfront.

Der Reichstagsler von Papen selbst hat den Parteien, die er zur „nationalen Konzentration“ einladet, erklärt, daß Personen, die ihn bis zum 6. November scharf befehden, dem Zentrum und vor allem der Hitler-Partei, den Dreh gegeben, mit dem sie ihre Anhängerschaft für die „große nationale Konzentration“ vorbereiten können; sie können sich jetzt „hart“ machen, indem sie die Befestigung des Reichstagslers als Vorbedingung verlangen, um mit der Erfüllung dieser Bedingung ihren Anhängern den Eintritt in die Koalition mündrecht zu machen.
Das Zentrum hat sofort diesen Weg beschritten, den ihm die Papen-Regierung selbst gemahregelt hatte: unter schweren Kampfsituationen gegen Papen (die für die Ansehlichen Arbeiter fabriktiert find) erklärte die Zentrumsführung die Bereitschaft zu einer solchen nationalen Konzentration, die von Brüning über Dingeldey und Hugenberg bis zu Hitler reichen soll. Das Zentrum hat nur eine Bedingung gemacht: Ausschiffung Papens, den man als Sündenbock schlichten muß, um die wertfähigen Massen darüber zu betrogen, daß in Wirklichkeit die Papen-Politik weitergeführt werden soll.